

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **20.01.2020** AWO Kita und Familienzentrum Burgdorf, Schwüblingser Weg 29, 31303 Burgdorf

18.WP/A-JuF/019

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:45 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzende

Birgin, Gurbet

Mitglied/Mitglieder

Paul, Matthias
Meinig, Birgit
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger

- bis TOP 10 -

Grundmandatar/e

Braun, Jens

- bis TOP 9 -

Stimmberechtigtes Mitglied

Lehrke-Ringelmann,
Doris
Scher, Olaf
von Oettingen, Gero

Ev. Kirche

Beratende/s Mitglied/er

Bruns, Andrea
Gebbe, Norbert, Dr.
Gohla, Horst
Kugel, Michael
Niemann, Jens

Vertreterin Kinderschutz-
bund

stellv. Beratende/s Mitglied/er

Vasterling, Benjamin

Gast/Gäste

Bormann, Ilona
Geißler, Davina
Kleinfeld, Ulrike
Lieke, Miriam
Schwelgin, Fabian

Verwaltung

Mikoleit, Heidi, (Fachbe-
ratung der Kindertages-

stätten)
Pape, Petra
Peest, Thomas
Pollehn, Armin
Rühling, Andreas
Szramka, Monika

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Begehung der Kita/Familienzentrum
3. Aussprache über die Besichtigung der Kita/Familienzentrum
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 02.12.2019
5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Familienangelegenheiten

6. Elterngeldähnliche Leistungen für Pflegeeltern im ersten Aufnahmejahr, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 14.12.2019
Vorlage: A 2019 1148
7. Elterngeldähnliche Leistungen für Pflegeeltern im ersten Aufnahmejahr, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 14.12.2019
Vorlage: BV 2019 1148/1
8. Einführung einer verlässlichen Vertretungsregelung in der Kindertagespflege gemäß §23 SGB VIII
Vorlage: BV 2020 1156

Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

9. Bericht zum Kinderschutzkonzept für die Stadt Burgdorf
- Jugendhilfeangelegenheiten
10. Bericht über die Soziale Gruppenarbeit der Jugendhilfe
 11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
 12. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die zahlreich erschienenen Einwohner*innen werden herzlich begrüßt.

Frau Gersemann führt in die Thematik „Kita-Appell Niedersachsen“ ein.

Der Wunsch nach einer sog. „Appell-Kiste“ in den Einrichtungen wird vorgetragen. Es könne nicht nachvollzogen werden, warum die Stadt sich gegen die Unterschriftenkisten in den Kitas wehre, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kitas zum Inhalt hätten. Ziel sei eine Erhöhung des Budgets durch Land und Bund, um mehr Personal und letztlich Zeit für die Kinder und damit einhergehende Gespräche zu generieren.

Herr Kugel erinnert daran, dass öffentliche Einrichtungen der Bildung und Erziehung für „Werbung“ jeglicher Gewerkschaften oder anderer Institutionen aufgrund des Neutralitätsgebots nicht genutzt werden dürften.

Die Einwohnerschaft argumentiert, dass die Gewerkschaft verdi ehrentliche Arbeit leiste und die Unterschriftenaktionen vor dem Beginn ihrer Arbeitszeit und somit in ihrer Freizeit durchführe.

Herr Kugel bekräftigt, dass die Räumlichkeiten und Grundstücke der öffentlichen Einrichtungen hierfür nicht zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ein Einwohner bemängelt, dass die Demokratie nicht vor der Rathausür Halt machen dürfe. Die Gewerkschaften hätten eine besondere Aufgabe, die von der Stadt unterstützt werden sollte.

Herr Nijenhof und **Herr Paul** heben hervor, dass die Anliegen im Interesse der Stadt lägen und gewerkschaftliche Aktivitäten daher unterstützenswert seien. Die Gewerkschaften hätten Sonderrechte.

Herr Pollehn lobt die Initiative inhaltlich und macht deutlich, dass der Rat sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetze. Hier ginge es jedoch um „Werbung“ in öffentlichen Einrichtungen der Bildung und Erziehung. An diesen Orten der Pädagogik müsse eine strikte Trennung der Interessen erfolgen. Auch politische Vereine und Institutionen dürften hier keine Werbung betreiben.

Eine Einwohnerin entgegnet, dass Bildungseinrichtungen Betriebe seien und in diesen gäbe es betriebliche Betätigungsrechte der Gewerkschaften. Es gehe schließlich um die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen. Man wolle sich keinen Maulkorb verpassen lassen. Die Elternschaft stünde hinter der Aktion.

Frau Gersemann befürwortet den Appell an die Landesregierung ebenfalls und bietet einen Gesprächstermin mit der Sprecherin der Initiative an. In diesem könne kritisch hinterfragt werden, welche Inhalte des Appells man auf Burgdorf herunterbrechen könne.

Die Initiative der „Appell-Kiste“ nimmt das Angebot dankend an. Der Ausschuss wird hierüber auf dem Laufenden gehalten.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltung und **Herrn Schwelgin** als Vorsitzenden des Stadtkindertagesstättenbeirates.

Entschuldigt hat sich Herr Härtel.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

2. Begehung der Kita/Familienzentrum

Frau Bormann führt die Ausschussmitglieder mit ihren Mitarbeiterinnen durch die Einrichtung und erläutert die Schwerpunkte der pädagogischen Arbeit.

3. Aussprache über die Besichtigung der Kita/Familienzentrum

Frau Gersemann bedankt sich für die gastfreundliche Aufnahme des Ausschusses in der Einrichtung.

Frau Bormann hebt die Vielfalt der Kita hervor, die gleichzeitig ein Familienzentrum sei. Den pädagogischen Herausforderungen begegneten ihre Mitarbeiter*innen mit viel Engagement. Themen wie Vernetzung, Inklusion und sozial-emotionale Probleme seien aktuelle Aufgabenfelder.

Herr von Oettingen möchte wissen, in welcher Form hier Hilfe angeboten werde.

Frau Bormann erläutert, dass die Menschen bei Bedarf „an die Hand genommen“ würden. Durch die Begleitung bei Behördengängen, zum Nachbarschaftstreff und anderen Institutionen würden viele Dinge auf den Weg gebracht werden.

Frau Gersemann verweist auf veränderte Familien- und Kindheitsstrukturen.

Frau Bormann bestätigt, dass die Anforderungen der Gesellschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der sog. „Sofortismus“ die Arbeit sehr verändert haben. Es gelte, bei den Kolleg*innen Verständnis zu schaffen und als Anwalt der Kinder zu fungieren, um Prozesse auf den Weg zu

bringen.

Frau Meinig fragt nach den Inhalten des Familienzentrums.

Frau Bormann gibt an, dass es hierfür keine gesonderten Räumlichkeiten gäbe. Die Einrichtung stelle Familien ins Zentrum und informiere über Angebote.

Frau Gersemann bedankt sich für die Begehung und die Informationen.

4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 02.12.2019

Aufgrund technischer Probleme mit dem Programm „Session“ ist leider nicht das korrekte Protokoll mit Anlagen hinterlegt worden. Daher wird die Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2019 bis zur nächsten Sitzung vertagt.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Herr Peest berichtet zum Sachstand der Kita Ramlingen-Ehlershausen. Die erforderlichen Maßnahmen würden derzeit unter hohem Engagement aller Beteiligten, insbesondere der Einrichtungsleitung sowie der Mitarbeiterinnen vor Ort vorangetrieben. Mit einem Beginn des aufbauenden Betriebes sei ab 03.02.2020 zu rechnen.

b) In Otze verschiebe sich die ursprünglich anvisierte Fertigstellung aufgrund einer Insolvenz eines ausführenden Unternehmens. Aktuell ginge er von einer Verzögerung von ca. 6 Wochen aus. Alle Beteiligten arbeiteten mit Hochdruck daran, die Auswirkungen gering zu halten und trotz der Verzögerungen einen möglichst schnellen Eröffnungstermin zu realisieren.

c) Die Fristen zur Anmeldung für das kommende Kita-Jahr liefen am 31.01.2020 ab. Danach werde das Verfahren zur Platzvergabe aufgenommen und die Anmeldungen unter Einbezug der Einrichtungen auf die freien Plätze werden verteilt.

d) Die AG „Qualität“ werde voraussichtlich im Februar zu den Fragen der Umsetzung und Konzeptionierung des in der Vorlage BV 2019 1113 definierten Auszubildenden-Einsatzes tagen. Die AG sei trägerübergreifend und unter Einbezug der Politik besetzt.

e) Die Kitas Sorgensen und Südsterne bekämen vom Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Erziehung (nifbe) jeweils 28 Unterrichtsstunden einer Inhouse-Teamschulung zum Thema „Vielfalt gestalten – Handlungskompetenzen stärken“ finanziert. Die Schulung diene der Qualifizierung von Fachkräften.

f) Die Erarbeitung der Zahlen für eine mögliche Kostenauswirkung bei Ein-

führung einer 3. Kraft in den Kindergartengruppen laufe derzeit und könne dem Ausschuss voraussichtlich in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

g) Zum Thema „Sommerschließzeit“ stellt **Herr Peest** ein Konzept vor, das dem Protokoll in der Anlage beigelegt ist. Er erläutert, dass sich innerhalb der Verwaltung eine Arbeitsgruppe zur weiteren Festlegung und Konzeptionierung der Schließzeiten gebildet und das vorliegende Konzept einvernehmlich erarbeitet habe. Das Konzept werde in der Sitzung des Stadtkita-Elternbeirates am 30.01.2020 vorgestellt. Eine frühzeitige Information der Elternschaft werde angestrebt. Die finale Abstimmung eines Termins erfolge in Abstimmung mit den freien Trägern. Über die Anmeldung, Evaluation sowie die Statistik über die tatsächliche Inanspruchnahme der Sommerkita werde dem Ausschuss regelmäßig berichtet werden.

Herr Schwelgin moniert, dass der Elternschaft im September 2019 angekündigt worden sei, diese einzubeziehen, sobald das entsprechende Konzept stehe. Er sehe noch immer kein schlüssiges Gesamtkonzept. Somit sei die Elternschaft nicht einbezogen worden, da der Inhalt dieses Konzeptes nicht mehr zu ändern sei. Für die Elternschaft sei dies inakzeptabel. Er wünsche sich eine offene Beratung mit der Elternschaft und eine bessere Zusammenarbeit. In Summe ergeben sich mit der Winterschließzeit, den „Orga-Tagen“, den Studientagen sowie Personalversammlung und Betriebsausflug um insgesamt mehr als 4 Wochen Schließzeit pro Kita-Jahr.

Frau Mikoleit erläutert, dass der Informationsfluss leider nicht lückenlos habe fortgeführt werden können. Parallel habe jedoch eine Abstimmung des Konzeptes mit dem Personalrat und den Mitarbeiter*innen stattgefunden. Zudem sei das nunmehr vorliegende Konzept gegenüber dem ursprünglichen inhaltlich noch verbessert worden. Die Planung für die Sommerschließzeiten 2021 sei nun abgeschlossen und könne in Kürze der Elternschaft präsentiert werden, damit die Terminplanung für 2021 vorangehe.

Herr Schwelgin betont, dass innerhalb von 1,5 Jahren kein tragfähiges Konzept seitens der Verwaltung vorgelegt werden konnte. Die Elternschaft habe nur Bruchstücke erhalten.

Frau Gersemann erinnert daran, dass der Ausschuss dem Konzept der Sommerschließzeiten grundsätzlich zugestimmt habe.

Herr Nijenhof kritisiert, dass es sich hierbei nicht um einen Beschluss gehandelt habe. Die Maßnahme habe vielmehr im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung gestanden.

Frau Gersemann macht deutlich, dass Schließzeiten für die Kinder schon aus pädagogischen Gründen erforderlich seien und dies mit den freien Trägern abgestimmt sei.

Herr Kugel entschuldigt sich für Fehler in der Zusammenarbeit. In der Ursprungsfassung sei eine dreiwöchige Sommer-Schließzeit angestrebt gewesen. Die Reduzierung auf 2 Wochen sei ein Konsens gewesen. Die Verwaltung beabsichtige natürlich, dieses Konzept mit der Elternschaft zu besprechen.

Herr Schwelgin kündigt an, ohne ein tragfähiges Konzept keine Zustimmung der Elternschaft zu erreichen.

Herr Kugel betont, dass es sich bei der Frage der Sommerschließzeit um einen Arbeitsauftrag des Rates handele. Herr Peest werde rechtzeitig eine entsprechende Änderung der Satzung vorbereiten.

Herr Nijenhof macht darauf aufmerksam, dass die Gesamt-Schließzeiten für ein Kita-Jahr ursprünglich 3 Wochen nicht überschritten hätten. Nun sei diese Grenze gesprengt worden.

Herr Paul bekräftigt die Notwendigkeit, die Elternschaft einzubeziehen. Durch die Schaffung einer Sommerkita sei der dringendste Bedarf abgedeckt. Dies sei positiv zu bewerten.

Frau Mikoleit teilt mit, dass ein Anspruch auf Studientage bestehe. Zusammen mit den „Orga-Tagen“ und den restlichen Schließzeiten gebe es einen rechtlich unbedenklichen Zeitraum der Schließung. Die Sommerkita sei auf 4 Standorte mit 122 Plätzen verteilt und für Notfälle vorgesehen. Man komme den Eltern damit sehr entgegen.

Herr J. Braun kritisiert ein „Gejammer auf hohem Niveau“. Kinder sollten in Familien und nicht in Kitas aufwachsen. Die Erziehung der Kinder werde auf Bildungsinstitutionen abgeschoben. Die Eltern seien hier gefragt.

Herr Schwelgin moniert nochmals die Gesamt-Schließzeiten. Es gebe noch großen Gesprächsbedarf. Der Termin zum Sommer 2021 sei seines Erachtens nicht zu halten.

Frau Gersemann erinnert an das Treffen mit der Elternschaft bei der in Kürze stattfindenden Stadtkitabeiratssitzung. In der nächsten Ausschusssitzung sollte ein konsensfähiger Beschluss erreicht werden, um dann in die konkrete Planung zu gehen.

Frau Meinig ergänzt, dass die Meinung der Elternschaft sehr hilfreich für das Konzept sei.

Herr Pollehn weist darauf hin, dass ein Datum gesetzt werden müsse, um für die Mitarbeiter*innen eine Verlässlichkeit zu erreichen. Die Zustimmung zu den Schließzeiten liege vor; nun müsse noch am Gesamtkonzept gefeilt werden.

Herr Schwelgin macht deutlich, dass erst nach Vorlegen des Konzeptes eine finale Einschätzung der Elternschaft erfolge werde.

Familienangelegenheiten

- 6. Elterngeldähnliche Leistungen für Pflegeeltern im ersten Aufnahmejahr,
Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 14.12.2019**

Frau Meinig erläutert ihren Antrag.

**7. Elterngeldähnliche Leistungen für Pflegeeltern im ersten Aufnahmejahr, Antrag gem. Geschäftsordnung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 14.12.2019
Vorlage: BV 2019 1148/1**

Herr Nijenhof erkundigt sich nach der Höhe der Kosten.

Herr Niemann erläutert, dass sich die Stadt des regionsweiten Ansatzes von 800,00 € monatlich angeschlossen habe, um eine Vereinheitlichung zu erreichen. Der Ansatz sei realistisch, da es derzeit nur 2-3 in Frage kommende Familien gebe. Die Region Hannover habe in Aussicht gestellt, diese Kosten im Rahmen des Jugendhilfekostenausgleichs einzubeziehen. Bis zu 80 % der Kosten würden somit erstattet werden. Finde das Jugendamt keine Pflegefamilie, müsse bedingt durch Heimunterbringung mit 3-4 fachen Kosten gerechnet werden.

Herr Pollehn ergänzt, dass die Leistung der Pflegeeltern damit eine Wertschätzung erfahre. Es sei schwierig genug, die Bereitschaft geeigneter Personen für diese Aufgabe zu erzeugen.

Herr Braun erkundigt sich, ob auch ein Anspruch besteht, wenn illegaler Familienzuzug vorliege.

Herr Niemann macht deutlich, dass eine hauptberufliche Tätigkeit aufgegeben werden müsse.

Frau Birgin möchte wissen, ob das Kindergeld zusätzlich gezahlt werde.

Herr Niemann bejaht dies. Eine Änderung des Elterngeldgesetzes sei allerdings in Kürze nicht zu erwarten.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Bis zu einer entsprechenden Änderung des Bundeselterngeldgesetzes zahlt die Stadt Burgdorf der hauptbetreuenden Vollzeitpflegeperson, die tatsächlich/nachweislich ihre Erwerbstätigkeit in den ersten 6 – 12 Monaten nach Aufnahme des Pflegekindes vollständig ruhen lässt, einen elterngeldähnlichen Betrag i. H. v. 800,00 € monatlich. In besonders zu begründenden Einzelfällen (in der Regel geknüpft an Betreuungsnotwendigkeiten des Kindes) kann das Elterngeld auch länger gewährt werden; Entscheidungen hierüber trifft der Bürgermeister.

Die erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 28.800,00 € sind auf dem

Produktkonto 36300 anzumelden.

**8. Einführung einer verlässlichen Vertretungsregelung in der Kindertagespflege gemäß §23 SGB VIII
Vorlage: BV 2020 1156**

Herr Rühling erläutert die Vorlage.

Herr Nijenhof erkundigt sich, ob auch Großtagespflegestellen von der Regelung inbegriffen seien.

Herr Rühling weist darauf hin, dass diese vorerst ausgenommen seien. Zunächst habe man sich auf die Tagespflegepersonen (TPP) fokussiert und werde das Konzept später ausweiten.

Herr Paul bekräftigt, dass die verpflichtende gesetzliche Regelung umzusetzen sei. Er erkundigt sich nach den Personalkosten.

Herr Rühling teilt mit, dass bei Krankheit oder Urlaub der TPP bis zu 10 Tage Lohnfortzahlung erfolge. Die Elternbeiträge liefen weiter.

Herr Nijenhof und **Herr Schwelgin** weisen darauf hin, dass die Frage der Selbständigkeit von TPP aus ihrer Sicht nicht ausreichend geklärt worden sei und es ggfs. zu Problemen kommen könne.

Frau Gersemann bittet darum, dem Ausschuss über den weiteren Fortgang zu berichten. Sie bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Zur Gewährleistung einer verlässlichen Vertretungsregelung in der Kindertagespflege wird die in der Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 02.12.2019 vorgestellte Vertretungsregelung „Vertretungsstützpunkt“ eingeführt.

Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Jugendhilfe und Familie in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der Vertretungsregelung.

Haushaltsmittel in der erforderlichen Höhe für das Haushaltsjahr 2020 werden über den 1. Nachtrag zum Haushalt 2020 bereitgestellt.

Familienangelegenheiten/Jugendhilfeangelegenheiten

9. Bericht zum Kinderschutzkonzept für die Stadt Burgdorf

Frau Mikoleit stellt die weitere Vorgehensweise vor.

Frau Neitzel weist darauf hin, dass sie mit den Städten Burgwedel und Lehrte gut vernetzt sei und weiß, dass Burgdorf von dort um das hervorragende Konzept beneidet werde. Sie teilt mit, dass auch die Jugendfeuerwehr den „Roten Ordner“ anwende und dieser großen Anklang fände.

Herr von Oettingen lobt **Frau Mikoleit**, da sie gleichzeitig als Vorsitzende des Kinderschutzbundes und als Fachberaterin für die Stadt tätig sei und immer das große Ganze im Auge behalte.

Frau Gersemann bedankt sich für die wertvolle Arbeit.

Jugendhilfeangelegenheiten

10. Bericht über die Soziale Gruppenarbeit der Jugendhilfe

Frau Kleinfeld für die Gruppe in der Scharlemannstraße sowie **Frau Lieke** und **Frau Geißler** für die Gruppe „Die Wölfe“ stellen ihre Arbeit vor.

Frau Gersemann bedankt sich und lobt das für Burgdorf segensreiche Angebot und die tolle Arbeit der Kolleg*innen.

Herr Niemann teilt mit, dass die Arbeit in der Gruppe in der Scharlemannstraße künftig inhaltlich neu aufgestellt werde. Durch die OGS und die Ganztagschulen sei die Nachfrage geringer geworden und die Gruppen sehr geschrumpft. Herr Kellmerleit leite die Gruppe in der Scharlemannstraße künftig allein.

Frau Meinig erkundigt sich, wie lange die Kinder und Jugendlichen die Gruppen in der Regel besuchten.

Frau Lieke gibt an, dass die Dauer ca. 3 bis 4 Jahre betrage.

Frau Gersemann möchte wissen, wann Elternarbeit stattfindet.

Frau Geißler erläutert, dass diese nach Bedarf meist morgens oder nach Feierabend der Eltern erfolge. Außerdem gebe es eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Lehrern, Ergotherapeuten u.v.a.

Frau Gersemann bittet darum, sich einladen zu dürfen und die Arbeit selbst in Augenschein zu nehmen.

Dies wird gern angeboten. **Herr Niemann** weist darauf hin, dass die sozialen Gruppen bereits rund 20 Jahre beständen. Dieses etablierte soziale Angebot sei wichtig für die Stadt Burgdorf.

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

12. **Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

a) **Frau Meinig** teilt mit, dass der Anbau der Kita „Pusteblume“ so weit sei, dass die letzte Gruppe zum 03.01.2020 in Betrieb genommen werden konnte. Die Einladung zur Einweihung würde dem Ausschuss noch zukommen. In einer der nächsten Sitzungen könne der Ausschuss gern in den neuen Räumlichkeiten tagen.

b) **Herr Niemann** berichtet, dass die Verwaltungsfachkraft im Familienservicebüro voraussichtlich zum 01.02.2020 ihren Dienst aufnehme. Für die Besetzung der Stelle der sozialpädagogischen Kraft habe man kein Glück gehabt und begeben sich nun neu auf die Suche.

c) **Herr Gohla** informiert den Ausschuss darüber, dass in Bezug auf das „Jugendparlament“ viele interessierte Jugendliche nicht mehr in Burgdorf weilten. Zunächst finde nun eine Befragung unter den Jugendlichen statt, um neue Interessierte anzuwerben. Es habe bereits 6-8 unregelmäßige Treffen gegeben.

d) **Herr Paul** erkundigt sich nach dem Stand des Planspiels „Pimp your town“.

Herr Gohla gibt bekannt, dass man hier noch in Gesprächen sei. Die Schulen seien sehr an einer Zusammenarbeit interessiert und stellten die Schüler*innen für die Veranstaltungen frei. In der nächsten Sitzung werde er weiter berichten.

Einwohnerfragestunde

./.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin